

«Migration wird keine Belastung mehr sein»

Für den Basler Integrationsdelegierten Thomas Kessler ist das Frühförderkonzept in fünf Jahren Realität

INTERVIEW: CLAUDIA KENAN, TIMM EUGSTER

Integration Basel jubiliert: Vor zehn Jahren wurde die Basler Integrationspolitik begründet.

Mit der kürzlich vom Erziehungsdepartement präsentierten Frühförderung gelang dem Basler Integrationsdelegierten Thomas Kessler (48) im Jubiläumsjahr ein national beachteter Coup.

baz: Herr Kessler, wem geht es nach zehn Jahren Integrationspolitik besser: Den Migrantinnen und Migranten, der einheimischen Bevölkerung oder Ihnen?

THOMAS KESSLER: Mir geht es chronisch gut. Der Gewinn liegt an erster Stelle bei der Migrationsbevölkerung, die spürt, dass sie ernst genommen wird und die Behörden in sie investiert.

Gibt es Fakten, die das belegen, beispielsweise im Bereich Sozialhilfe und Kriminalität?

Wir hatten im vergangenen Jahr den klarsten Abfall an Sozialhilfebezug im Vergleich zu andern Städten, vor allem bei den Migranten.

Grund dafür ist aber der wirtschaftliche Aufschwung – und Basel hat nach wie vor mehr Sozialhilfebezügler als andere.

Wir vergleichen die Veränderung der Zahlen. Die positiven Trends haben auch mit den zusätzlichen Beratern zu tun, die der Regierungsrat einsetzte, damit sie Migranten eng begleiten, die seit Langem von der Sozialhilfe leben.

Spielen diese Angestellten ihre Lohnkosten ein?

Mehrfach. Der Sozialhilfebezug steht am Ende einer Fehlentwicklung. In zehn Jahren Integration Basel war deshalb der Zuwachs an Bildung- und Sozialkapital bei Migranten ein zentrales Anliegen. Den Erfolg sehen wir bei der steigenden Anzahl Eingebürgerter an Gymnasien und Unis. Wir beobachten einen kontinuierlichen Aufstieg sogenannter Unterschichts-Secondos.

Die Kriminalitätsrate bei Eingebürgerten ist aber höher.

Ja, aber tendenziell sinkend. Das heisst, die Behörden müssen weiterhin in die Chancengleichheit investieren und Gesuche genau prüfen. Aus diesen Analysen hat die Regierung unter Federführung des Erziehungsdepartements die Idee einer integralen Frühförderung mit Deutsch für Dreijährige entwickelt.

Bei der Schweizer Bevölkerung, etwa im Matthäusquartier, hat sich die Stimmung gegenüber Ausländern trotz Integrationspolitik kaum verändert.

Die Schweizer Bevölkerung profitiert indirekt. Das Matthäusquartier ist ein besonde-

rer Fall: Kein Schweizer Quartier hat eine so hohe Wohndichte, das spiegelt sich in der Sozialstruktur der Bevölkerung wider. Die Verdichtung sozialer Probleme führt zu Reibungen und zu einer Konkurrenzsituation, auch zwischen Ausländern und Schweizern.

Ihre Arbeit änderte daran nichts.

Doch, auch mit Hilfe der Stadtentwicklung. Schauen Sie die Claramatte und die neuen Wohnungen dort an. In zehn Jahren werden in Kleinbasler Schulen auch die Kinder der hochqualifizierten Schweizer,

«In zehn Jahren werden die Kinder Hochqualifizierter Kleinbasler Schulen besuchen.»

Deutschen, Chinesen und Amerikaner sein. Umwälzungen zeichnen sich auch im Gundeli und Voltaquartier ab.

59000 Ausländer leben in Basel. Wie viele brauchen Ihre Unterstützung?

Die Mehrheit braucht nur Informationen, weiter gibt es drei Gruppen: Knapp 4000 haben minimalen Beratungsbedarf, mittleren Bedarf haben knapp 2000, engeren Bedarf haben etwa 900. Im ersten Jahr schliessen wir mit 40 eine Integrationsvereinbarung ab wie sie im Integrationsgesetz vorgesehen ist.

40 Vereinbarungen für 900 Problemfälle?

Wir wollen nicht möglichst viele Vereinbarungen abschliessen, sondern über die Analyse der Problemfälle das staatliche Handeln optimieren, sodass bereits die erste Stelle, mit denen ein Migrant in Berührung kommt, so viel Wirkung erzielt, dass die Probleme gar nicht entstehen und damit die Integrationsvereinbarungen nur als ultima ratio gebraucht werden.

Wir staunen: Sie haben diese Vereinbarungen als Innovation gefeiert und viel gestritten wegen des möglichen Entzugs der Aufenthaltsbewilligung bei Nichterreichen der Ziele – jetzt sagen Sie, das Problem liege beim Staat.

Politik und Medien spielten sich gegenseitig den Ball zu und gaben diesen Vereinbarungen eine Dimension, über die auch wir nur staunen konnten. Dass sogenannte Ausländerprobleme auch aus Systemfehlern beim Staat entstehen, ist eine alte Erkenntnis. Deshalb bauen wir den Staat ja um vom Defizit- zum Potenzialansatz. Die aktive Entfaltung des Potenzials, die Kohärenz, die

Es kommen Leute zu uns, die im Heimatland am Rande der Gesellschaft stehen. Kann man diese



«Fordern und fördern.» Mit diesem Slogan prägt Thomas Kessler die Integrationspolitik. Foto Daniel Desborough

Verpflichtung des Kantons zur Zusammenarbeit mit allen Akteuren, die aktive Antidiskriminierungspolitik und die Betonung, dass Integration ein Teil der Gleichstellung von Mann und Frau ist – all diese wichtigen Punkte haben in der politischen Diskussion kaum Wellen geworfen. Diesen Ansatz wollen wir auf die gesamte Verwaltung ausdehnen, er soll allen zugute kommen.

Menschen fit machen, um «in der oberen Liga des globalen Wettbewerbs bestehen zu können», wie Sie kürzlich sagten? Dieser Anspruch richtet sich an Gesunde – und das ist die grosse Mehrheit der Migranten. Unser Problem ist, dass zwei Fünftel, die aus bildungsfernen Familien stammen, nicht zu Erfolg kommen. Die sind an sich gesund, wurden aber in der Frühkindheit zu wenig gefördert.

Überschätzen Sie als ehemaliger Linker nicht die Formbarkeit des Menschen? Ich war bei den Grünen und habe an Orten gearbeitet, wo bildungsferne Menschen in der Mehrheit waren. Dort habe ich gesehen, dass diese Kinder viel grössere Leistungskraft haben, als wir meinen. Wenn Kinder erleben, dass den Eltern gesagt wird, dass Bildung wichtig ist und sie dann in die Krippe können, dann verdoppelt sich die Gymnasialquote dieser Kinder. Das sind keine Wunschträume – auch das ist die in Studien nachgewiesene Realität.

Sie wollen Basel vom Reparatur- zum Investitionsstaat umbauen – als Vorbild für die Schweiz. Basel sei ein verheerendes Modell, sagt dazu der Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli. Staatliche Versorgung von der Wiege bis zur Bahre sei unbezahlbar und mache Menschen abhängig.

Man musste Mörgeli anrufen, um überhaupt eine kritische Stimme zu finden. Bereits die Baselbieter SVP sieht das bezüglich Frühförderung anders. Die Realität ist umgekehrt: Durch Frühförderung wird der Staat schlanker und die Freiheit der Menschen grösser, weil er mit einem Minimum an Eingriff ein Maximum an Erfolg und Freiheit generiert.

Sie behaupten, Integrationsarbeit spare Geld. Ihre Abteilung wurde aber stetig ausgebaut.

Falsch. Die Abteilung wurde in der letzten Sparrunde sogar abgebaut. Zudem sind die Symptomkosten stärker gesunken als die Investitionskosten. Wir rechnen mit dreistelligen Millionenbeträgen, die langfristig eingespart werden. In Integration werden unter dem Strich jährlich sechs Millionen Franken investiert, der grösste Anteil davon kommt von Privaten und dem Bund.

Sie reden stets von einem Faktor sieben. Das ist weit entfernt von dreistellig.

Das ist ein konservativer Schnitt aus wissenschaftlichen

«Wir beobachten einen Aufstieg sogenannter Unterschichts-Secondos.»

Studien zum volkswirtschaftlichen Nutzen von Integration. Die grösste Wirkung kommt aber nicht von Begegnungsprojekten, sondern aus dem Frühförderkonzept. Bald kann man vergleichende Jahrgangsanalysen machen und die Einsparungen berechnen.

Wie ist Basel, wenn Sie abtreten?

Dann sind das Frühförderkonzept und die neuen Behördenstrukturen nach dem Potenzialansatz in Betrieb. Der Umbau des Staates wird weit fortgeschritten sein. Mit dem Frühförderkonzept können wir das Bildungsniveau für alle erhöhen. Migration beschleunigt den Erfolg aller und stellt keine Belastung mehr dar. Wenn es so weit ist, kann meine Stelle mit den andern Stellen für Chancengleichheit fusioniert werden.

Wann wird das sein? Spätestens in fünf Jahren.

«Aus Neuchâtel und Zürich kamen genauso früh Impulse»

Schweizer Politiker und Fachleute relativieren den Einfluss des «Basler Modells» – und legen den Finger auf heikle Punkte

TIMM EUGSTER, CLAUDIA KENAN

Frühförderung für ausgewählte Dreijährige und Integrationsvereinbarungen stossen in der Eidgenössischen Migrationskommission auf Kritik.

Vorweg die lobenden Jubiläumsgüsse nach Basel: «Thomas Kessler ist es gelungen, das Thema Migration in zehn Jahren Arbeit positiv zu besetzen und Integration auf die nationale politische Traktandenliste zu setzen», sagt Roberto Rodríguez, Co-Präsident von «Second@s Plus» und Zürcher SP-Politiker. «Kessler bringt einen erfreulich unideologischen Ton in die Debatte – er ist erfolgreich, weil er quer zu den Blöcken links und rechts steht», analysiert der Zürcher FDP-Kantonsrat Urs Lauffer,

der ein Integrationsgesetz nach Basler Vorbild fordert.

Für den Migrations- und Sozialexperten Walter Schmid ist Kessler ein guter Kommunikator. Aus Zürich und Neuchâtel seien aber genauso früh Impulse gekommen für einen pragmatischen Umgang mit den Integrationsproblemen, die sich in der Rezession der Neunzigerjahre vor allem in den Städten verschärft hatten. Dies unterstreicht auch Francis Matthey, Präsident der vom Bundesrat gewählten Eidgenössischen Migrationskommission: Der Neuenburger verweist stolz auf das Integrationsgesetz von 1996 und das 2001 eingeführte Ausländerstimmrecht.

Ausser den Basler SP-Politikern Jan Goepfert und Semih Kutluca schieben alle von der baz Befragten kritische Punkte nach. Kesslers «Fordern und Fordern» drohe zum Slogan für die Durchsetzung einer härteren Gangart gegenüber Ausländern aus Nicht-EU-Ländern zu werden, befürchtet Matthey.

ZWANG. Deren Status unterscheide sich immer stärker von jenem von EU-Bürgern. Erreichen sie die Ziele einer Integrationsvereinbarung nicht, können sie ausgewiesen werden. «Wir müssen wachsam sein, dass dieses Instrument nicht zu Diskriminierung führt», sagt der ehemalige SP-Staatsrat. Die Früh-

förderung ab drei Jahren lobt Matthey – aber sie müsse alle erfassen, wie dies auch der Basler SP-Grossrat Mustafa Atici fordert. «Das Problem ist nicht nur die Sprache», betont Matthey: «Auch Schweizer Kinder aus gewissen sozialen Milieus haben Integrationsprobleme.»

FDP-Politiker Lauffer gibt zu bedenken, dass «auch Ausländerkinder Kleinkinder sein dürfen». Er widersetzt sich dem in Basel vorgesehenen «selektiven Obligatorium»: «Man darf die Kinder nicht mit Zwang abholen – das geht nur partnerschaftlich.» Lauffer und Rodríguez sind zudem der Ansicht, der Nutzen von Integrationsvereinbarungen werde überschätzt. Walter Schmid zwei-

felt auch an der Umsetzbarkeit. Migrationsämter in grossen Kantonen würden mit dieser Aufgabe überfordert.

«Zu intellektuell und wenig realitätsnah» nennt Christoph Zacher, seit 34 Jahren Lehrer im Basler Bläsi-Schulhaus, Kesslers Ansatz. «Ich vertraue eher auf die Bärengesellschaft, die mit der Schaffung einer neuen Tradition die Ausländer einbezieht und so aktive Integrationsarbeit leistet.»

«KOLLAPS». Für den Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli ist Basel mit Kessler auf dem besten Weg zum Kollaps: «Der Staat überfordert sich. Prävention ist ein Fass ohne Boden.»